

Begründung zur Aufnahme in die nächste Ratssitzung:

Ende des Jahres 2012 war der vorliegende Antrag Bestandteil der **Anlage 1 zu SV 236/2012**, „Einsparvorschläge der Fraktionen“.

Im **Finanzausschuss** vom **08.11.2012** beantragte DIE LINKE. Im Rat der Stadt Schwelm den vorliegenden Antrag im Rat zu beraten. Herr Stobbe verwies darauf, dass der Antrag nicht in den Aufgabenbereich der Stadt falle siehe Niederschrift

„**Finanzausschuss_20121108_Niederschrift.pdf**“, **Pkt. 19, Seite 12/13:**

„Der Rat spricht sich für die Einführung der Vermögenssteuer aus und tritt dem Bündnis "Vermögenssteuer jetzt!" bei. Gleichzeitig setzt sich der Rat bei Bund und Land für die Einführung der Vermögenssteuer ein.

Herr Stobbe erläutert, dass es sich hierbei um Entscheidungen handelt, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Schwelm fallen. Frau Lubitz möchte den Antrag der Fraktion „Die LINKE“ im Rat beraten.“

In der **Niederschrift des Finanzausschuss am 24.01.2013**, siehe Niederschrift:

Finanzausschuss_20130124_Niederschrift.pdf, steht der Antrag ohne weitere Begründung als abgelehnt in der Tabelle, die Herr Schwunk vorgelesen hatte, Seite 12, Pkt 19, heran zu ziehen ist hier auch die tabellarische Aufstellung:

Finanzausschuss_20130124_Anlage_4_zu_TOP_8_1_Sparvorschlaege_Fraktionen_Dynamische_Datei_Verwaltung_Stand_230113.pdf unter **Punkt 19**.

Dennoch hätte der Antrag wie gewünscht auf die nächste Tagesordnung des Rates genommen werden müssen, hier hätte der Bürgermeister dann nochmals auf seinen Einwand hinweisen können, aber ihn überhaupt nicht weiter auf die Tagesordnung des Rates zu nehmen war nicht rechtens. Dies bestätigt auch das Urteil des hessischen Verwaltungsgericht in Gießen vom 20.02.2014, 8 K 966/13.GI.

Bei den Entscheidungsgründen, siehe Punkt 19, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es nicht um *„..die Einführung der Vermögenssteuer im Gebiet des C-Kreises (hier wäre es nun Schwelm) sondern um den Beitritt zu einem Bündnis, dem offensichtlich auch bereits andere kommunale Gebietskörperschaften angehören.“* ginge.

Um diesen Umstand noch in dieser Legislaturperiode zu heilen, bitte ich um Behandlung im nächsten Rat am 10.04.2014 und Aufnahme in die Tagesordnung mit geändertem Wortlaut:

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Schwelm, bittet sie, folgenden Antrag in der Ratssitzung am 10.04.2014 zur Abstimmung zu bringen.

DIE LINKE

**Fraktion
im Rat der Stadt Schwelm**

Kaiserstraße 42,
58332 Schwelm
Tel.: 0 23 36/8 07 10 05
E-Mail: juergen.feldmann@die-linke-en.de
eleonore.lubitz@die-linke-en.de

Konto:
Stadtsparkasse Schwelm
Kto.-Nr. 39 636
BLZ 454 515 55

Schwelm, der 29.10.2012

An den Bürgermeister der Stadt Schwelm

Herr Stobbe

Hauptstraße 14
58332 Schwelm

Beitritt Bündnis "Vermögenssteuer jetzt!"

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Schwelm, bittet sie, folgenden Antrag in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2013 mit aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Schwelm spricht sich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus und tritt dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ bei.
2. Der Rat der Stadt Schwelm setzt sich entsprechend gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer ein.

Begründung:

Ein Gemeinwesen hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die eigenen Mittel alle relevanten Aufgaben erledigt werden können.

In den letzten Jahren ist bundesweit ein Trend in Richtung Großspenden durch Privatpersonen und Stiftungen auszumachen. Ursache hierfür ist die massive Zunahme des privaten Reichtums in den Händen weniger.

Durch die Steuersenkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen hat sich gleichzeitig die Finanzsituation der Öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert. Privater Reichtum und Öffentliche Armut bedingen einander. Die Einführung einer Vermögensteuer kann hier ein wichtiger Baustein zur Lösung dieser Probleme sein.

Dazu hat sich ein breites Bündnis gegründet: Von Heiner Geißler über Andrea Nahles bis Sven Giegold wird die Initiative „Vermögensteuer jetzt“ (www.vermoeegensteuerjetzt.de) parteiübergreifend unterstützt.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg sprach sich am 25.05.2012 für die Einführung einer Vermögensteuer aus. Die Stadt Schwelm könnte durch den Beitritt ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Signal senden und dadurch den Zusammenhang zwischen der angespannten Lage der Kommunalfinanzen einerseits

und der fehlenden Besteuerung großer Vermögen andererseits verdeutlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Feldmann

Eleonore Lubitz